

Volkswirtschaft der DDR in den Jahren 1966 — 1970*)

Mitte der sechziger Jahre waren unter Führung der SED beachtliche Erfolge bei der weiteren Ausgestaltung der Volkswirtschaft erreicht worden (siehe Konsultation NW 1/80). Auf Grund dieser Ergebnisse konnten weitere Fortschritte bei der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen erreicht werden. So wurde ab April 1966 die 5-Tage-Arbeitswoche in jeder zweiten und ab August 1967 in jeder Woche eingeführt. Der Mindesturlaub für alle Werktätigen erhöhte sich von zwölf auf fünfzehn Tage. Die Durchschnittseinkommen der Arbeiter und

Angestellten stiegen. Schrittweise wurde die Jahresendprämie eingeführt, wurden die Mindestrenten heraufgesetzt und anderes mehr.

Großes Augenmerk richtete die Partei in diesem Zeitabschnitt auf die weitere Vervollkommnung der Leitung und Planung der Volkswirtschaft, um die ökonomischen Gesetze des Sozialismus umfassend auszunutzen, den wissenschaftlich-technischen Fortschritt konsequent durchzusetzen, die Arbeitsproduktivität zu steigern und die Akkumulationskraft der führenden Zweige der Volkswirtschaft zu erhöhen.

Eine neue Qualität der Führungstätigkeit

So leitete das Politbüro Schritte ein, die eine konsequentere Anwendung der Prinzipien der wirtschaftlichen Rechnungsführung und der materiellen Interessiertheit der Werktätigen zum Ziel hatten. In diesem Zusammenhang wurde die Verantwortung der Betriebe für den gesamten Reproduktionsprozeß erhöht und das Prinzip der Eigenerwirtschaftung der Mittel für die intensiv erweiterte Reproduktion eingeführt. Die Partei orientierte weiter auf die beschleunigte Entwicklung der Industriezweige, die für die gesamte Volkswirtschaft von ausschlaggebender Bedeutung waren. Zu ihnen gehörten die chemische Industrie, besonders die Petrolchemie, die Energie-

wirtschaft, die Veredlungsmetallurgie, der Werkzeugmaschinenbau, die Elektronik, der wissenschaftliche Gerätebau, die elektronische Datenverarbeitung, die Glas- und Keramikindustrie und der Metalleichtbau.

In der zweiten Hälfte der sechziger Jahre, insbesondere mit der Ausarbeitung des Fünfjahresplanes 1966 bis 1970, dem eine gründliche Analyse des erreichten Entwicklungsstandes der Volkswirtschaft vorausging, zeichnete sich immer deutlicher die objektive Notwendigkeit ab, die materiell-technische Basis des Sozialismus nicht mehr vorwiegend quantitativ, sondern überwiegend intensiv zu erweitern.

Das bedeutete, nicht mehr in erster Linie neue Produktionskapazitäten zu schaffen, sondern die vorhandenen Produktionsanlagen und -ausrüstungen, Rohstoffe und Materialien rationeller zu nutzen, die Anlagen, Maschinen und Technologien zu modernisieren, die Fähigkeiten und Kenntnisse der Werktätigen systematisch zu erhöhen und ihre Initiative allseitig zu entwickeln, um so die Produktivität zu steigern, die Kosten zu senken und den ökonomischen Nutzeffekt zu erhöhen. Das waren neue Anforderungen, auf die sich die SED langfristig einstellen und bei deren Lösung sie nationale Erfahrungen sammeln und internationale berücksichtigen mußte.

Eine Konferenz des Zentralkomitees und des Ministerrates der DDR im Juni 1966 in Leipzig zu Fragen der Rationalisierung und Standardisierung erklärte die komplexe sozialistische Rationalisierung zur Hauptrichtung der Wirtschaftspolitik. Als Hauptwege, um den wissenschaftlich-technischen Fortschritt zu fördern und die Effektivität der gesellschaftlichen Arbeit zu steigern, bezeichnete die Konferenz die Standardisierung, Spezialisierung und Konzentration der Produktion, die Weiterentwicklung der Kooperationsbeziehungen, die Mechanisierung und Automatisierung von Arbeitsprozessen sowie die rationellste Nutzung der Produktionsfonds, Rohstoffe und Materialien.

Das politisch-ideologische Wirken der Grundorganisationen war darauf gerichtet, den Parteimitgliedern, allen Werktätigen die Notwendigkeit, das

* Für die Teilnehmer zum Studium der Geschichte der SED (2. Studienjahr), Thema 6